



## Geschäftsführung Verkehrsausschuss

Ansprechpartner/in: Frau Krause

Telefon: (0221) 221-25909

Fax: (0221) 221-24447

E-Mail: angela.krause@stadt-koeln.de

Datum: 23.09.2008

## Niederschrift

über die **38. Sitzung (6. Sondersitzung) des Verkehrsausschusses** in der Wahlperiode 2004/2009 am Donnerstag, dem 18.09.2008, 15:10 Uhr bis 16:00 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Ratssaal

### Anwesend waren:

#### Vorsitzende/r

Herr Karsten Möring CDU

#### Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Johannes-Werner Hamm	CDU	
Herr Alfred Hoffmann	CDU	(für RM Hock)
Frau Gisela Manderla	CDU	
Herr Dietmar Ciesla-Baier	SPD	
Herr Peter Kron	SPD	
Herr Wendel Mispelkamp	SPD	
Frau Karin Wiesemann	SPD	(für RM Walter)
Herr Peter Sörries	Grüne	(für RM Dr. Müller; bis 15.55 Uhr)
Frau Bettina Tull	Grüne	
Frau Christtraut Kirchmeyer	FDP	

#### Mitglieder mit beratender Stimme gem. § 58 Abs. 1 Satz 7-12 GO NRW

Herr Karel Schiele	pro Köln	
Herr Jörg Detjen	Die Linke.Köln	(für SE Weisenstein)

#### Sachkundige Einwohner/innen mit beratender Stimme nach § 58 Abs. 4 GO NRW und § 21 der Hauptsatzung

Herr Ferdinand Schmitz	auf Vorschlag der CDU	
Herr Horst Noack	auf Vorschlag der SPD	
Herr Hans Edgar Preckel	auf Vorschlag der FDP	(ab 15.35 Uhr)

#### Sachkundige Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Herr Dieter Pannecke

## **Verwaltung**

Herr Jörg Bambeck

Herr Christian Dörkes

Frau Andrea Faßbender

Herr Uwe Grimsehl

Herr Klaus Harzendorf

Frau Alina Hoven

Herr Johannes Keulen

Herr Gerd Neweling

Herr Beigeordneter Bernd Streitberger

Dezernat für Stadtentwicklung, Planen und Bauen  
Amt für Stadtentwicklung und Statistik  
Amt für Brücken und Stadtbahnbau  
Amt für Brücken und Stadtbahnbau  
Amt für Straßen und Verkehrstechnik  
Amt für Straßen und Verkehrstechnik  
Amt für Brücken und Stadtbahnbau  
Amt für Brücken und Stadtbahnbau  
Dezernat für Stadtentwicklung, Planen und Bauen

## **Schriftführer/in**

Frau Angela Krause

Dezernat für Stadtentwicklung, Planen und Bauen

## **Gäste**

Herr Thomas Dittmer

Herr Gunther Höhn

Herr Rolf Pabst

Herr Walter Reinarz

Vertreter der

KVB AG

KVB AG

KVB AG

KVB AG

Verkehrsplanung Köhler und Taubmann GmbH

## **Presse**

### **Zuschauer**

## **Entschuldigt fehlen:**

### **Stimmberechtigte Mitglieder**

Frau Dr. Sabine Müller

Grüne

### **Mitglieder mit beratender Stimme gem. § 58 Abs. 1 Satz 7-12 GO NRW**

Herr Michael Weisenstein

Die Linke.Köln

### **Sachkundige Einwohner/innen mit beratender Stimme nach § 58 Abs. 4 GO NRW und § 21 der Hauptsatzung**

Frau Helga Schlapka

auf Vorschlag der SPD

Herr Hans-Peter Vietzke

auf Vorschlag der Grünen

### **Sachkundige Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung**

Herr Bernd Fahlenbock

Herr Horst Ladenberger

Ausschussvorsitzender Möring eröffnet die 36. Sitzung (6.Sondersitzung) des Verkehrsausschusses in dieser Wahlperiode und begrüßt die Anwesenden. Er weist darauf hin, dass die Tagesordnung wie folgt ergänzt werden soll:

## **I. Öffentlicher Teil**

- 5.2. Nord-Süd Stadtbahn, 2.Baustufe  
Vorlage der Ergebnisse der Verkehrsuntersuchung sowie Beschluss zur weiteren Vorgehensweise  
4037/2008  
**Tischvorlage**

sowie ein

Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 18. September 2008  
AN/1929/2008  
**Tischvorlage**

## **II. Nichtöffentlicher Teil**

- 13.1. Nord-Süd Stadtbahn, 1. Baustufe, Vermarktung der zukünftigen Bahnsteigebene Ost-West  
4073/2008  
**Tischvorlage**

Der Ausschuss ist mit den Ergänzungen einverstanden. Es ergibt sich demnach folgende

### **Tagesordnung:**

#### **I. Öffentlicher Teil**

##### **Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten**

- 1 Anfragen nach § 4 der GeschO des Rates**  
--
- 2 Anträge gemäß § 3 der GeschO des Rates**  
--
- 3 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates**  
--
- 4 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)**  
--

## **5 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)**

- 5.1 Verlängerung der Stadtbahnlinie 5 in Ossendorf  
hier: Erweiterter Planungsbeschluss  
3058/2008
- 5.2 Nord-Süd Stadtbahn, 2. Baustufe  
Vorlage der Ergebnisse der Verkehrsuntersuchung sowie Beschluss zur weiteren  
Vorgehensweise  
4037/2008
- Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 18. September 2008  
AN/1929/2008

## **6 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**

--

## **7 Mitteilungen der Verwaltung**

--

## **8 Mündliche Anfragen**

- 8.1 Linksabbieger vom Lindenthalgürtel in die Dürener Straße  
Anfrage des RM Kirchmeyer

## **II. Nichtöffentlicher Teil**

### **9 Anfragen nach § 4 der GeschO des Rates**

--

### **10 Anträge gemäß § 3 der GeschO des Rates**

--

### **11 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates**

--

### **12 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)**

--

## **13 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)**

- 13.1 Nord-Süd Stadtbahn, 1. Baustufe, Vermarktung der zukünftigen Bahnsteigebene  
Ost-West  
4073/2008

**14 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**

--

**15 Mitteilungen der Verwaltung**

--

**16 Mündliche Anfragen**

--

## **I. Öffentlicher Teil**

### **Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten**

--

#### **1 Anfragen nach § 4 der GeschO des Rates**

--

#### **2 Anträge gemäß § 3 der GeschO des Rates**

--

#### **3 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates**

--

#### **4 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)**

--

#### **5 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)**

##### **5.1 Verlängerung der Stadtbahnlinie 5 in Ossendorf hier: Erweiterter Planungsbeschluss 3058/2008**

Ausschussvorsitzender Möring verweist auf den abweichenden Beschluss der BV Ehrenfeld.

Herr Höhn, Vertreter der KVB AG, erläutert, dass die Verlängerung der Linie 5 in Ossendorf auf einem guten Wege sei, das erste Projekt zu werden, das mit dem Kapital der dort anliegenden Firmen und Grundstückseigentümern und KVB-eigenem Kapital realisiert werden könne. Daher sei die Gesamtsumme des Projektes mit 18 Mio. € fest gedeckelt. Im Vorfeld des Projektes wurden alle drei Varianten untersucht – Unterführung der HGK-Trasse, Überführung der HGK-Trasse oder eine plangleiche Kreuzung - . Der Änderungs-/Ergänzungsantrag der BV Ehrenfeld sehe nun vor, die HGK-Trasse zu verändern. Dies würde jedoch Eingriffe bis in den Bereich der Unterführung unter der A 57 erfordern und somit erhebliche Mehrkosten verursachen. Die geforderte Kostenaufstellung könne seitens der KVB nachgereicht werden, jedoch nicht bis zur kommenden Ratssitzung.

Seitens der FDP-Fraktion merkt RM Kirchmeyer an, dass der Beschluss der Bezirksvertretung durchaus nachvollziehbar sei. Aus ihrer Sicht sollte geprüft werden, ob die HGK-Trasse auf eine Brücke gelegt werden könne, da dies städtebaulich ansehnlicher und ggf. preisgünstiger wäre als die jetzigen Planungen.

Herr Höhn legt dar, dass diese Prüfung bereits erfolgt sei; die Stadtbahn lasse eine wesentlich steilere Steigung als die Güterzugtrasse zu und somit lasse sich ein viel kleineres Brückenbauwerk realisieren, indem die Stadtbahn über die HGK-Trasse geführt werde.

RM Hamm teilt mit, dass die CDU-Fraktion in Kenntnis aller Umstände den Antrag aus der Bezirksvertretung Ehrenfeld verwerfen musste und sich daher der Verwaltungsvorlage anschließen werde.

Für die SPD-Fraktion schließt sich RM Kron diesem Votum an. Die Bezirksvertretung habe das Projekt nicht aufhalten wollen; sie bitte jedoch die Kosten nach der endgültigen Beschlussfassung nachgereicht zu bekommen.

Abschließend führt Ausschussvorsitzender Möring aus, dass diese Maßnahme ein außerordentlich bemerkenswertes Projekt sei. Zum ersten Mal komme es zu einer Realisierung einer Stadtbahnstrecke, die sich nur durch private Zuschüsse und die Kostenanteile der Aufgabenträger finanziere. Die Verlängerung der Linie 5 sei nicht nur nützlich sondern auch notwendig und verspreche darüber hinaus eine weitestgehende Amortisation. Im Namen des hiesigen Ausschusses spreche er allen Beteiligten großen Dank aus.

### **Beschluss:**

#### **Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:**

Der Rat der Stadt Köln stimmt der Realisierung der Streckenverlängerung der Stadtbahnlinie 5 durch die KVB, vorbehaltlich der Sicherstellung der Finanzierung durch die KVB, zu. Die Gesamtkosten der Maßnahme betragen 18,0 Mio. €.

Der Rat erkennt die Dringlichkeit dieser Maßnahme mit vorrangiger Realisierung abweichend von der vom Rat beschlossenen Prioritätenliste ohne Inanspruchnahme von Fördermitteln an. Die Entwurfsplanung ist dem Rat zur Genehmigung vorzulegen. Die wechselseitigen Rechte und Pflichten zwischen der Stadt Köln und der KVB AG sind in einem Ergänzungsvertrag zum Stadtbahnvertrag zu regeln, der dem Rat gesondert zur Genehmigung vorzulegen ist.

Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Aufnahme der sich aus der durch die Streckenverlängerung der Linie 5 ergebenden wirtschaftlichen Konsequenzen in die Betrauungsregelung vom 15.12.2005/ 24.06.2008. Die Anpassung der Finanzierungsbausteine und der entsprechenden Parameter erfolgt mit dem Monat der Inbetriebnahme des neuen Streckenabschnittes bzw. erstmalig mit Inbetriebnahme des Busvorlaufbetriebs. Bei der Ermittlung der Mehrkosten sind die von Dritten gewährten Finanzierungshilfen in Abzug zu bringen.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt

### **5.2 Nord-Süd Stadtbahn, 2.Baustufe Vorlage der Ergebnisse der Verkehrsuntersuchung sowie Beschluss zur weiteren Vorgehensweise 4037/2008**

**Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 18. September 2008  
AN/1929/2008**

*Die Beschlussvorlage sowie der Antrag der CDU-Fraktion wurden als Tischvorlagen zur Sitzung verteilt und sind dieser Niederschrift als Anlage 1 beigefügt.*

Eingangs bittet Ausschussvorsitzender Möring um Auskunft, ob auf S. 7 des Gutachtens unter Ziff. 3.2.1 mit „Planungsfall 3“ die dritte Baustufe gemeint sei und ob auf S. 8 die Pla-

nungsfälle 2-2 und 2-3 aufgeführt seien und es sich hier somit nur um einen Schreibfehler handle.

Herr Höhn, Vertreter der KVB, bestätigt dies.

Für die CDU-Fraktion stellt RM Hamm klar, dass der eingereichte Antrag inhaltlich ein Ersetzungsantrag zum Verwaltungsvorschlag sei. Das seit einer Woche vorliegende Gutachten sei nicht einfach zu verstehen bzw. nachzuvollziehen und beinhalte eine Reihe von Aussagen, die aus seiner Sicht durchaus offen und fraglich erscheinen. Es müsse nun innerhalb kürzester Zeit für den Rat eine folgenschwere Entscheidung vorbereitet werden. Seitens der Verwaltung werde vorgeschlagen, diese Entscheidung so zu treffen, dass wesentliche Möglichkeiten für die Zukunft somit verbaut werden würden. Auf Entwicklungen, die heute noch nicht hinreichend abschätzbar seien, könne zukünftig dann nicht mehr reagiert werden. Bekannt sei, dass die höhengleiche Führung der Straßenbahn auf die Rheinuferstraße erhebliche Verkehrseinschränkungen beim motorisierten Individualverkehr (MIV) verursachen werden. Unter den derzeitigen Verhältnissen werde der Verkehr spätestens bei Einführung eines Fünf-Minuten-Taktes mehr oder weniger zusammenbrechen. Insofern müsse nun die Frage geklärt werden, ob eine Aufweitung auf drei Spuren pro Richtung zu Verhältnissen führen könne, die diese Störung auf ein erträgliches Maß begrenzen würde. Heute jedoch könne niemand diese Frage mit Sicherheit abschließend beantworten, da viele Faktoren zwar prognostiziert eingeschätzt aber nicht sicher vorhergesagt werden können. Beispielsweise können hier die Ausweitung der Stadt in alle Richtungen – insbesondere im Süden – oder auch die Annahmen, die den Umstieg vom MIV auf den ÖPNV prognostizieren, benannt werden. Das vorliegende Gutachten gehe beim letztgenannten Punkt von einer erheblichen Verlagerung, nämlich 16.400 Fahrten, aus. Diese Prognose müsse jedoch aus seiner Sicht in Frage gestellt werden, da die Untersuchungsgrundlage zur Basis dieser Berechnung auf älteren hochgerechneten Untersuchungen basiere. Nicht außer acht gelassen werden sollten auch die Verdrängungseffekte, die in der Bonner Straße und auch in anderen Straßen eintreten werden. Der Verwaltungsvorschlag, Aufweitung der Rheinuferstraße auf sechs Streifen, sei völlig gegen das Prinzip, dass bei Begegnungen von Straßen- mit Schienenverkehr grundsätzlich kreuzungs- und begegnungsfrei geplant bzw. gebaut werden sollte. Eine definitive Festlegung in der heutigen Sitzung auf eine Tieferlegung der Fahrbahn könne sicherlich nicht ohne weiteres erfolgen; es sollte der weiteren Entwicklung vorbehalten bleiben ob dies dann auch so kommen müsse. Nicht verbaut werden dürfe aber zumindest jede Reaktionsmöglichkeit auf diese Entwicklung. Die Kosten für die in die Ausschreibung (*gemeint ist Vergabe*) aufzunehmenden Vorsorgeleistungen seien sicherlich nicht geringfügig aber im Verhältnis zum Gesamtprojekt vertretbar und aus Sicht seiner Fraktion dringend geboten. Die Chance für einen Tunnel sollte durch einen entsprechenden Beschluss gewahrt bleiben.

RM Kron legt für die SPD-Fraktion dar, dass die realisierbaren Möglichkeiten für die Rheinuferstraße bereits im Frühjahr bekannt gewesen seien und die CDU-Fraktion bereits seiner Zeit für den Bau eines Tunnels plädiert habe. Seine Fraktion hingegen wollte alle Möglichkeiten geprüft wissen und zudem auch die Kosten offengelegt haben. Das nun vorliegende Gutachten sei in Auftrag gegeben worden und könne nicht in Frage gestellt werden. Zustimmung könne er seinem Vorredner insofern, als dass in der Tat niemand die Entwicklung bis 2020 vorhersehen könne; sollte die erwartete Verlagerung auf den ÖPNV beispielsweise nicht stattfinden, bräuchte auch kein Fünf-Minuten-Takt eingeführt werden und dies hätte wiederum positive Auswirkungen auf den Verkehrsfluss auf der Rheinuferstraße. Aus seiner Sicht sollte die Verwaltung zur Klarstellung und Entscheidungsfindung nochmals darlegen, welche Kosten aufgrund welcher Berechnungsgrundlagen bei welchen Varianten entstehen würden und inwieweit die einzelnen Varianten förderfähig seien. Die Fragen der Förderfähigkeit und einer etwaigen Kostendeckelung seien bisher nicht ausreichend beantwortet, stellen jedoch ein wichtiges Kriterium dar. Darüber hinaus bitte er um einen kurzen Bericht zum zeitlichen Stand des Verfahrens, d.h. ist die Ausschreibung bereits erfolgt, wann findet die Vergabe statt und wann muss ein Beschluss über die etwaige Vorleistung erfolgen. Da seine



Fraktion in der heutigen Sitzung noch keinen Beschluss fassen könne, beantrage er, die Vorlage ohne Votum weiterzuverweisen.

Ausschussvorsitzender Möring greift diesen Vorschlag auf und schlägt vor – sofern eine Beschlussfassung in der heutigen Sitzung nicht erfolgen könne - eine weitere Sondersitzung am 25.09.2008, 13 Uhr, durchzuführen.

RM Kirchmeyer verweist auf die bereits in der Sondersitzung am 11.06.2008 geführten Diskussionen und macht deutlich, dass aus Sicht der FDP-Fraktion die vorbereitenden Maßnahmen berücksichtigt werden sollten. Als negatives Beispiel für niveaugleiche Kreuzungen verweist sie auf die Verkehrsverhältnisse auf der Luxemburger Straße. Da sie den als Tischvorlage eingereichten CDU-Antrag jedoch fraktionsintern noch beraten möchte, schließe sie sich den Verfahrensvorschlägen ihrer Vorredner an.

Seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen legt RM Tull dar, dass eine Entscheidung in der heutigen Sitzung durchaus erfolgen könne. Sie vertrete auch weiterhin die Auffassung, dass die Verkehrsentwicklung abgewartet werden sollte. Nach den derzeitigen Beobachtungen werde sich der Anteil des MIV weiter verringern und insofern sei fraglich, ob es überhaupt zu Behinderungen auf der Rheinuferstraße kommen werde. Sie halte es daher für leichtsinnig, viele Millionen Euro für einen evtl. nicht benötigten Tunnel vorzusehen; aus ihrer Sicht sollte vielmehr in die dringend erforderliche ÖPNV-Anbindung des Rheinauhafens investiert werden.

Bezug nehmend auf die von RM Kron aufgeworfenen Fragen legt BG Streitberger dar, dass es zwei denkbare Tunnelvarianten gebe: Die „kurze“ Variante, die städtebaulich sehr problematisch sei, schlage er unter keinen Umständen vor; sie koste ca. 60 Mio. €. Die längere Variante sei städtebaulich auch problematisch, habe aber den positiven Effekt, dass eine Grünverbindung über die Straße zum Rhein hin angelegt werden könnte; für diese müsse ca. 80 Mio. € veranschlagt werden. Die Maßnahme sei grundsätzlich förderfähig nach dem Eisenbahnkreuzungsgesetz. Die Kosten müssten sich zu jeweils einem Drittel der Bund, der Eisenbahnträger sowie die Stadt teilen. Die Kostenanteile des Eisenbahnträgers sowie der Stadt seien darüber hinaus auch noch nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz förderfähig; letztendlich verursache die große Tunnelvariante Kosten i.H.v. ca. 20 Mio. €. Die Verwaltung präferiere jedoch aus gutem Grund nicht die Tunnelvarianten, da diese Maßnahme aus seiner Sicht einen nicht wieder gut zu machenden Eingriff in das Rheinufer, in die Allee, darstellen würde und das Gutachten zudem die Nichtnotwendigkeit nachweise.

Ergänzend zu diesen Ausführungen stellt Herr Reinarz, Vorstandsmitglied der KVB AG, klar, dass die Ausschreibung für die zweite Baustufe bereits - nach der Sondersitzung am 11.06.2008 – erfolgen musste und der Submissionstermin auf den 04.09.2008 festgelegt wurde. Aufgrund von Vergaberügen einzelner Anbieter sei dieser Termin jedoch auf den 25.09.2008 verschoben worden. Spätestens Anfang Oktober d.J. müsse die Vergabe durchgeführt werden, um einen Baubeginn am ersten Werktag in 2009 zu ermöglichen. Hinsichtlich der in Rede stehenden Tunnellösungen habe die KVB zwischenzeitlich eine Baugrunduntersuchung bzw. ein Erdbaugutachten in größerer Tiefe sowie eine detaillierte Ausführungsplanung incl. einer Abstimmung mit den Leitungsträgern durchgeführt. Im Ergebnis könne er bekannt geben, dass hierdurch die Kosten für die Vorsorgeleistung von 2,7 Mio. € auf 5,08 Mio. € und die Kosten für die Hauptleistung – ohne Kanalbau - von 56,6 Mio. € auf 49,81 Mio. € konkretisiert werden können und sich somit eine Gesamtsumme von 54,89 Mio. € brutto, also 4 Mio. € weniger als im Juni mitgeteilt, ergeben würde. Auf Nachfrage des Ausschussvorsitzenden Möring bestätigt er, dass die Entscheidung, ob mit Vorleistung oder ohne Vorleistungen zu bauen, für die KVB AG keinen Unterschied im Hinblick auf einzuhaltende Termine ausmache, da sie auf beide Varianten vorbereitet sei.

RM Kron bedankt sich zunächst für diese Erläuterungen und merkt an, dass die SPD-Fraktion das Gutachten nicht anzweifle und daher grundsätzlich zum Verwaltungsvorschlag

tendiere. Aufgrund der Komplexität der Thematik schließe seine Fraktion sich jedoch dem Vorschlag, eine weitere Sondersitzung vor der kommenden Ratssitzung durchzuführen, an. Heute sollte die Beschlussfassung ohne Votum zurückgestellt werden.

Ausschussvorsitzender Möring fasst die Diskussion und Erläuterungen dahingehend zusammen, dass am 25.09.2008 zwingend eine Entscheidung hinsichtlich etwaiger Vorsorgeleistungen für den Bau eines Tunnels getroffen werden müsse, um die Vergabeentscheidung termingerecht zu ermöglichen. Die Entscheidung selber, ob letztendlich eine Tunnellösung oder eine Aufweitung der Rheinuferstraße als zeitnahe Verbesserungsmaßnahme gewollt sei, könne hingegen nach seinem Verständnis auch „erst“ in zwei oder drei Monaten getroffen werden.

BG Streitberger bestätigt diese Ausführungen; sollte am kommenden Donnerstag eine Entscheidung zur Vergabe ohne Vorsorgeleistungen getroffen werden, sei der Bau eines Tunnels für die nächsten Jahrzehnte ausgeschlossen. Die Verwaltung werde dann sorgfältig die Aufweitung der Rheinuferstraße beplanen. Anschließend müsse hierüber eine separate Entscheidung herbeigeführt werden.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, weist abschließend darauf hin, dass auch bei einem 10-Minuten-Takt und ohne Berücksichtigung der dritten Baustufe schlechte Verkehrsverhältnisse zu erwarten seien (*vgl. hierzu S. 28 des Gutachtens*). Insofern sei bei einem Beschluss zur Aufweitung der Rheinuferstraße ein zügiges Handeln und Schaffung von Planrecht empfehlenswert.

Ausschussvorsitzender Möring bittet die Verwaltung, in der kommenden Sondersitzung hierzu den zeitlichen Rahmen – vom Beginn der Planungsarbeit bis zur Auftragsvergabe - konkreter zu benennen. Anschließend stellt er den einvernehmlichen Vorschlag, die Voten der Bezirksvertretungen abzuwarten und die hiesige Beschlussfassung ohne Votum bis zur Sondersitzung am 25.09.2008 zurückzustellen, zur Abstimmung.

### **Beschluss:**

Der Verkehrsausschuss verweist die Vorlage mit Wortbeiträgen zunächst in die Bezirksvertretungen Innenstadt und Rodenkirchen zur Anhörung und stellt seine Beschlussfassung ohne Votum zurück bis zur Sondersitzung am 25.09.2008.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt

## **6 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**

--

## **7 Mitteilungen der Verwaltung**

--

## **8 Mündliche Anfragen**

### **8.1 Linksabbieger vom Lindenthalgürtel in die Dürener Straße Anfrage des RM Kirchmeyer**

RM Kirchmeyer nimmt Bezug auf die im Beratungsgang befindliche Verwaltungsvorlage „Einbau von Messschleifen auf den Fahrbahnen des Gürtels“ und weist darauf hin, dass nach Berichten von Bürgern und Anwohnern ab 01.10.2008 das Verbot des Linksabbiegens umgesetzt werden solle; die entsprechende Beschilderung sei bereits aufgestellt. Sie fordere die Verwaltung nachdrücklich auf, die entsprechenden Beschlüsse der BV Lindenthal und des hiesigen Ausschusses abzuwarten und nicht bereits vorher tätig zu werden.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, sagt dies zu.

**- Ende des öffentlichen Teils -**